Satzung des “Uns Republik“ Berghausen e.V. in der Fassung vom 14.02.2024

§1 NAME,SITZ,GESCHÄFTSJAHR

Der Verein führt den Namen “Uns Republik“ Berghausen und soll in das Vereinsregister eingetragen werden; nach Eintragung führt er den Zusatz “e.V.“. Der Verein hat seinen Sitz in Berghausen. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§2 DER ZWECK DES VEREINS

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes “steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Zweck des Vereins ist die Anregung und Pflege eines bürgerlichen Sinnes und Lebenswandels in der Gemeinschaft des Dorfes Berghausen, die Förderung der Jugend, der Dorfgemeinschaft und die Brauchtumpflege z.B. Mai, Pfingsten und St. Martin. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mittel des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (3) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks fällt das Vermögen an den Bürgerverein Berghausen e.V.(gemeinnütziger Verein).

§3 ERWERB DER MITGLIEDSCHAFT

(1) Mitglied

Mitglied kann jede natürliche Person werden, welche das 16. Lebensjahr vollendet hat. Der Antrag soll Name, Alter und Anschrift des Antragstellers enthalten. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

§4 BEENDIGUNG DER MITGLIEDERSCHAFT

(1) Die Mitgliedschaft endet

- a.) mit dem Tode des Mitgliedes
- b.) durch freiwilligen Austritt
- c.) durch Streichung von der Mitgliederliste
- d.) durch Ausschluss aus dem Verein

(2) Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Mitglied des Vorstandes. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einbehaltung der Kündigungsfrist von 3 Monaten zulässig.

(3) Ein Mitglied kann durch Beschluss der Vorstandssitzung von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrages im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des Mahnschreibens 3 Monate verstrichen sind. Die Streichung ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.

(4) Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, durch Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor der Mitgliederversammlung oder schriftlich zu rechtfertigen. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied mittels eingeschriebenen Briefes bekannt zu machen. Gegen den Ausschließungsbeschluss der Mitgliederversammlung steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung muss innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand eingelegt werden. Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt, so hat der Vorstand innerhalb von 2 Monaten die Mitgliederversammlung zur Entscheidung über die Berufung einzuberufen. Macht das

Mitglied von dem Recht der Berufung gegen den Ausschließungsbeschluss keinen Gebrauch oder versäumt es die Berufungsfrist einzuhalten, so unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss mit der Folge, dass die Mitgliedschaft als beendet gilt.

§5 MITGLIEDERBEITRÄGE

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe des Jahresbeitrages und dessen Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung bestimmt.

§6 ORGANE DES VEREINS

Organe des Vereins sind

- a.) der Vorstand
- b.) die Mitgliederversammlung

§7 DER VORSTAND

- (1) Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretendem Vorsitzenden und dem Schatzmeister (Kassenführer). Der stellvertretende Vorsitzende soll, soweit der Vorstand keinen anderen Beschluss fasst, die Schriftführung wahrnehmen.
- (2) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch 2 Mitglieder des Vorstandes vertreten.
- (3) Rechtsgeschäfte mit einem Geschäftswert über 1.000,-€ sind für den Verein nur verbindlich, wenn die Zustimmung der Mitgliederversammlung hierzu schriftlich erteilt ist.

§8 ZUSTÄNDIGKEIT DES VORSTANDES

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat vor allem die folgenden Aufgaben:

1. Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung;
2. Einberufung der Mitgliederversammlung;
3. Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;
4. Erstellung eines Jahresberichtes;

§9 AMTSDAUER DES VORSTANDES

- (1) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 2 Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt; er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt.
- (2) Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Wählbar sind nur Vereinsmitglieder nach §3 dieser Satzung.
- (3) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtsperiode aus, so kann der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen wählen.
- (4) Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

§10 BESCHLUSSFASSUNG DES VORSTANDES

- (1) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, einberufen werden. Die Einberufungsfrist soll 3 Tage betragen. Einer Mitteilung der Tagesordnung bedarf es nicht.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 2 Vorstandsmitglieder anwesend sind. Bei Beschlussfassung ist die nachträgliche Unterrichtung des abwesenden Vorstandsmitgliedes erforderlich. Dieser kann bei Vorliegen wichtiger Gründe eine Überprüfung dieses Beschlusses durch die Mitgliederversammlung verlangen.
- (3) Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung.
- (4) Die Vorstandssitzung leitet der Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende. Über die Sitzung und die gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll anzufertigen.

§10a BEISITZER

- (1) Zur Unterstützung des Vorstandes sollen durch die Mitgliederversammlung vier Beisitzer gewählt werden. Die Mitglieder haben bei der Wahl der Beisitzer Stimmrecht.

- (2) Die Beisitzer gehören nicht zum Vorstand i.S. §7ff; sie haben aber, sofern sie zur Vorstandsversammlung eingeladen sind, einfaches Stimmrecht bei Beschlüssen der Vorstandsversammlung.
- (3) Die Berufung zum Beisitzer gilt i.d.R. zwei Jahre
- (4) Der 1. Beisitzer übt das Amt des Pressewartes und des Webmasters aus.

§11 DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

- (1) In der Mitgliederversammlung hat jedes ordentliche Mitglied eine Stimme.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:
 1. Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes; Entlastung des Vorstandes.
 - 1a. Wahl von zwei Kassen/Rechnungsprüfer/innen.
 2. Feststellung der Höhe und Fälligkeit des Jahresbeitrags.
 3. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes.
 4. Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins.
 5. Beschlussfassung über die Streichung des Mitgliedes von der Mitgliederliste (Ausschluss).
 6. Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss.
 7. Beschlussfassung über Maßnahmen im Sinne §2 der Satzung.
 8. Wahl von Beisitzern gemäß §10a der Satzung.
- (3) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind für alle Mitglieder und den Vorstand bindend.

§12 DIE EINBERUFUNG DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Mindestens einmal im Jahr, möglichst zum Jahreswechsel, soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von 2 Wochen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Bekanntmachung erfolgt durch Aushang, im gemeinsam genutzten Schaukasten (Bürgerverein Berghausen e.V. und "Uns Republik" Berghausen e.V.) auf dem Dorfplatz in Berghausen, und durch schriftliche Einladung an die Mitglieder.

§13 DIE BESCHLUSSFASSUNG DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG

- (1) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Die Versammlung kann auch einen anderen Versammlungsleiter wählen. Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlvorganges und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlausschuss übertragen werden.
- (2) Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn 1/3 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.
- (3) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 6 Mitglieder anwesend sind. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von 4 Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen; diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
- (4) Die Mitgliederversammlung fasst die Beschlüsse im allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben daher außer Betracht.
- (5) Zur Änderung der Satzung ist jedoch eine Mehrheit von 4/5 der abgegebenen gültigen Stimmen, wie auch zur Auflösung des Vereins, erforderlich. Die Änderung des Zwecks des Vereins kann nur mit Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden.
- (6) Für Wahlen gilt folgendes: Hat im ersten Wahlgang kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben.
- (7) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellung enthalten Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Versammlungsleiters, die Zahl der

erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Bei Satzungsänderungen soll der genaue Wortlaut angegeben werden.

§14 NACHTRÄGLICHE ANTRÄGE ZUR TAGESORDNUNG

- (1) Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.
- (2) Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Zur Annahme des Antrags ist die Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

§15 AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Drittel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die §§11,12,13 und 14 entsprechend.

§16 AUFLÖSUNG DES VEREINS UND ANFALLBERECHTIGUNG

- (1) Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der in §13 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
- (2) Im Falle der Auflösung darf das Vereinsvermögen nur gemäß § 2 der Satzung verwendet werden. Ist dies nicht möglich, darf es nur zu einem Zweck verwendet werden, dem das zuständige Finanzamt schriftlich zugestimmt hat.
- (3) Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend dem Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.
- (4) Der Verein haftet nur mit dem Vereinsvermögen.

§17 KASSENPRÜFUNG/RECHNUNGSPRÜFUNG

- (1) Alle Beträge, Einnahmen und Mittel des Vereins, einschließlich etwaiger Zu- und Überschüsse, werden zur Erreichung des Vereinszwecks verwendet.
- (2) Die Kassenprüfung ist mindestens einmal im Jahr durch die Kassen/Rechnungsprüfer/innen durchzuführen. Die Prüfer unterrichten die Mitglieder auf der Jahreshauptversammlung über das Ergebnis der Prüfung.
- (3) Die Amtszeit der Kassen/Rechnungsprüfer/innen beträgt 2 Jahre, die Wiederwahl ist einmalig in Folge zulässig.

Beschlussfassung der Satzung vom